Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Nr. 283/2026
Kiel, 26.10.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Friesisch als Schulfach: Aus Ankündigungen müssen Unterrichtsstunden werden

Zu den heute vorgestellten Plänen der Landesregierung, Friesisch ab dem Schuljahr 2029/30 als reguläres Schulfach zu ermöglichen, erklärt die Husumer SSW-Abgeordnete Sybilla Nitsch:

„Dass Friesisch endlich den Status eines regulären Schulfachs erhalten soll, ist eine ausgesprochen gute Nachricht. Dafür setzt sich der SSW seit vielen Jahren ein. Bildungsministerin Stenke geht damit einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend ist jetzt, dass aus diesen Plänen auch tatsächlich mehr Friesischunterricht wird.
Denn die Entwicklung der vergangenen Jahre ist ernüchternd: Gerade einmal neun Schulen bieten heute noch Friesischunterricht an. Diese Zahl muss wieder steigen. Unser Ziel bleibt ein verlässliches, durchgängiges Friesischangebot an den Schulen Nordfrieslands und auf Helgoland – selbstverständlich auch an den Schulen der dänischen Minderheit.
Der Schlüssel dazu sind die Lehrkräfte. Deshalb begrüßen wir die Überlegungen, Friesisch als reguläres Lehramtsfach einzuführen. Genauso wichtig ist aber, bereits tätigen Lehrkräften den Weg zur fachlichen Qualifikation zu erleichtern. Hier könnte beispielsweise ein Stipendienprogramm helfen, das eine berufsbegleitende Weiterbildung mit entsprechender Fachzulassung ermöglicht. Dafür müssen ausreichend Mittel und Kapazitäten bereitgestellt werden, auch für den dänischen Schulverein.

SSW IM LANDTAG

Wir werden die Umsetzung eng begleiten. Bis 2029 ist noch viel zu tun. Und perspektivisch müssen wir auch die frühkindliche Bildung und die beruflichen Bildungsgänge stärker einbeziehen. Friesisch braucht eine Zukunft über alle Bildungsphasen hinweg. Ob die Landesregierung diesem Anspruch gerecht wird, entscheidet sich am Ende in den Klassenzimmern.“